



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 9. April 1879.

Nr. 168.

Deutschland.

Berlin, 8. April. Die Unterredung, welche der Abgeordnete Windthorst am 31. März mit dem Reichskanzler gehabt, giebt noch immer zu wunderbaren Gerüchten und Mutmaßungen Veranlassung. Daß die Unterredung sich nicht um die kirchliche Frage bewegt hat, war schon konstatiert und wird im Allgemeinen auch nicht in Zweifel gezogen. Allein man sieht in der bloßen Thatsache der Unterredung den ersten Schritt einer Annäherung, hinter welcher man gereizt ist, eine Art Bündniß mit dem Centrum zu suchen. Wer die Dinge mit einigermaßen unbefangenen Auge betrachtet, wird sich erinnern, daß der größte Theil des Centrums bereits der Erklärung der 204, die sich als volkswirtschaftliche Vereinigung zusammen gefunden hatte, angehörte. Man wird sich ferner erinnern, daß die meisten Mitglieder des Centrums Vertreter industrieller Berufe sind, in denen die Reichspolitiker niemals Anhänger gefunden hat, daß ferner ja das journalistische Organ des Centrums, die „Germania“, lange ehe an die jetzige Zollreform zu denken war, den Weg der Schutzzollpolitik empfohlen hat. Wenn das Centrum bei der jetzigen Tarifreform dem Reichskanzler feindlich gegenübertritt, so würde es damit eingestehen, daß es aus Gründen der Reichspolitiker den Weg der Opposition selbst wieder längst erklärte Ueberzeugung betreite. So haltlos daher einseitig die Annahme ist, daß Centrum sei durch Ausfichten einer veränderten Reichspolitiker zu seiner gegenwärtigen Haltung in der Tariffrage beugen, so ist andererseits die Annahme noch weit haltloser, der Reichskanzler sei im Stande, die Stimmen des Centrums durch kirchenpolitische Zugeständnisse zu erkaufen. Zu einem solchen Opfer giebt gegenüber der Volkstimmung in Deutschland auch nicht der geringste Grund vor. Die Majorität für die Tarifreform würde auch bei dem überragendsten Widerstand des Centrums zu Stande kommen, wenn nicht in dem jetzigen Reichstag, so doch in einem neu zu wählenden. Das Centrum würde diesen Widerstand mit dem Verlust eines sehr großen Theils seiner Sitze bezahlen; aber eine solche Unklugheit auf Seiten dieser Partei ist um so weniger zu erwarten, als sie nach ihren Antezedentien zur Begehung derselben nicht nur keinen Anlaß hat, sondern diese Antezedentien geradezu ableugnen müßte.

Berlin, 8. April. Die „Nat.-Ztg.“ hatte vor einigen Tagen eine Nachricht gebracht, nach welcher der Plan erwogen würde, als konstitutionellen Ersatz für die Befreiung der Matrifularbeiträge die alljährliche Bewilligung des Kaffeegolles durch den Reichstag einzuführen. Die „Kreuz-Zeitung“ glaubt, diesen konstitutionellen Kaffeegoll sehr wohl nehmen zu können, befindet sich dabei aber, wie die „N. L. C.“ hervorhebt, ohne Zweifel im Irrthum. „Wenn das konservative Blatt meint, so schreibt die citirte Korrespondenz, man habe bisher doch nur von konstitutionellen Garantien gesprochen, die in den Einzelstaaten zu beschaffen seien, so begehrt es eine Bewilligung; für das thatsächliche Steuerbewilligungsrecht, welches der Reichstag mit dem Aufheben der schätzlichen Festsetzung der Matrifularbeiträge verlieren würde, kann selbstverständlich, wie dies auch von den Rednern der nationalliberalen Partei in den Steuerdebatten früherer Jahre stets ausdrücklich betont worden ist, nur im Reichs Erfolge gefunden werden. Ob indeß gerade der Kaffeegoll sich als Objekt für diesen Zweck eignen würde, lassen wir dahingestellt. Die „Kreuzzeitung“ meint, der Kaffeegoll würde alsdann in hohem Grade Spekulationsartikel werden; wir unsererseits sind vielmehr der Ansicht, daß er dies bereits ist und gerade aus diesem Grunde den Anforderungen vielleicht nicht entspricht.“ Das von der „N. L. C.“ hervorgehobene Bedenken, gerade den Kaffeegoll unter die beweglichen Zölle aufzunehmen, verdient jedenfalls Beachtung.

Wie aus Saarbrücken vom 7. gemeldet wird, hat der Staats-Anwalt gegen das freisprechende Erkenntniß im Marpinger Prozeß die Berufung angezeigt. Das „Korrespondenz-Blatt des deutschen Vereins“ faßt seine Anschauung über diesen kläglichen Schwindel folgendermaßen zusammen: „Daß die Erscheinungen der reinen, hehren Stimmelschönheit mit Geldsammlungen verbunden waren, bezeichnete der Oberprokurator Pattberg mit Recht als etwas „Haarsträubendes“. Wir glauben

war nicht, daß die beschuldigten Geistlichen aus eigennütigen Motiven die Bewegung unterstützten. Pastor Neureuter wurde von allen Brüggen übereinstimmend als eine selbstlose Persönlichkeit gerühmt, die eines wissentlichen Betruges nimmer fähig sei.

Gleichwohl sprechen mancherlei Umstände dafür, daß die Erscheinungen — wenn auch ohne Vorwissen der Geistlichkeit — aus rein materiellen Gründen in Scene gesetzt wurden. Bedeutsam schon ist, daß bereits am zweiten Tage die Muttergottes den Wunsch aussprach: es möchte eine Kapelle erbaut werden, und zwar nicht von Holz, sondern aus Steinen. Auch von Steuern, welche nicht gezahlt zu werden brauchten, soll die Muttergottes gesprochen haben. Es wurden von den Pilgern Opfer dargebracht, Köße und Tische voll Geld wurden gesammelt und weggetragen. Wohlgefällig zeigte die Magaretha Kunz ihren Freundinnen einen Thaler, welchen ein Pilger ihr geschenkt. Während die Gemeinde vorher die Mittel nicht aufbringen konnte, um ihre Kirche zu reparieren, hatte man später Geld in Ueberflus. Der Kirchenrechner konnte Tausende von Mark verausgaben. Die Witthe, Bäder und Metzger machten gute Geschäfte. Da die große Menge der Pilger in den Gasthäusern nicht unterkommen konnte, so beherbergten Privatleute die fremden Gäste und ließen sich theilweise recht gut bezahlen. Zimmer wurden vermietet. Der Handel mit Blechgefäßen blühte. Das heimliche Wasser aus der Gnadenquelle — vielleicht auch anderwärts — gedöpfte Wasser war ein gesuchter Handelsartikel. Kurz, der Fremdenverkehr brachte viel Geld in das arme, abgelegene Dörflein.

Daß die Eltern der begnadeten Kinder, welche jeder sehen, hören, sprechen wollte, sich nicht am leichtesten dabei gefanden haben, ist leicht begreiflich. Ihnen sind ganz gewiß reiche Spenden zugesprochen, wenn solches auch schwer zu erweisen ist. Viele Marpinger sind gewiß erst an die Muttergotteserscheinungen gläubig geworden, als sie merken, welchen Vortheil diese Blunder der Kinder der Gemeinde bringt und wiewohl glänzende Zukunft in Aussicht steht. Da die sog. „Konkurrenzländer“, welche nach Entfernung der ersten Markenländer austraten, von Seiten der Geistlichkeit nicht anerkannt wurden und darum der Schwandel nicht weiter blühen kann, so wird voraussichtlich Marpinger bald wieder in Vergessenheit geraten. Wenn wir auf die für den Ultramontanismus so tief beschämenden Enttäuschungen des Prozesses zuwärtshin und uns des Triumphgeschreies erinnern, welches seiner Zeit die ultramontane Presse ob der Marpinger Wunder erhob, so können wir uns eines mitleidigen Lächelns nicht erwehren.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In unseren küstenländlichen Kreisen ist neuerdings die für die Seestädte allerdings höchwichtige Frage der Zuschlagzölle für indirekte Importe das Thema eifriger und eingehender Erörterungen geworden. Uns geht, anknüpfend an unsere Vertheilung einer Notiz der „Voss'schen Zeitung“, die angeblich verweigerter Zustimmung der Staatsregierung zu ermäßigten Kohlentarifen von der Ruhr nach Amsterdam betreffend (vergl. Nr. 120 vom 4. April d. J.), zu dieser Frage das nachfolgende Schreiben zu:

Die nationale Handelspolitik, welche jetzt an der Tagesordnung ist, schwellt mit dem günstigsten Winde die Segel derjenigen, welche der Ansicht sind, daß die Beziehungen Deutschlands nach und von überseeischen Ländern, daß der Export und Import von Waaren nach und aus denselben ebenso gut und billig und im nationalen Interesse besser ausschließlich über die Ems, Weser, Elbe und Eider-Häfen an der Nordsee, und über Stettin, Danzig und Königsberg an der Ostsee betrieben werden könnte; der indirekte Verkehr über Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Havre, über England und Kopenhagen aber hinfür den deutschen Export eher zu erschweren als zu begünstigen ist.

Wenn Stimmen von der Ostsee sich gegen die Einführung billiger Kohlentarife von Schlesien nach Danzig erhoben haben, so ist das nur eine durch die Seltenheit und Knappheit des nationalen Windes hervorgerufene Verirrung; die Nordsee-Häfen werden sich keineswegs gegen billige Kohlentarife sträuben, im Gegentheil den deutschen Kohlenzechen Thor und Thür öffnen, die Behandlung der Kohlen in ihren Häfen durch allerbeste Einrichtungen fördern und gern ihre Hand und ihre Mittel mit denen der binnenländischen Industrie vereinigen,

um der deutschen Kohle die Konkurrenz auf den überseeischen Märkten zu erleichtern. Die Nordsee-Häfen legen nach Ausfuhrartikeln für ihre Schiffe, aber es würde außerordentlich hart für sie sein, wenn sie von der Ems, von Bremen und Hamburg in Ballast erst nach Holland segeln sollen, um da deutsche Kohlen zu laden! auch die „Voss. Ztg.“ wird das nicht wünschen können.

Nationale Handelspolitik heißt jetzt die Lösung! In unbedeutender thatkräftiger Verfolgung dieses Zieles wollte der Reichskanzler, als er im März durch den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts die Frage des Flaggenzolls zum Schutze der Rhederei im Reichstage anregen ließ, zugleich den Seestädten Balsam auf die tiefe Wunde legen, welche ihnen durch den Tabaks- und Getreide- und Holzoll unabweisbar beigebracht wird. Die Abgeordneten für Jena-Blankenhain und Lippe-Schaumburg erklärten sich dagegen; unsere Schiffbaukunst und Schiffsbemannung, der Unternehmungsgeist unserer Rheder und Rhedereien bedürfte solchen Schutzes nicht, sie fühlten sich ohne surtaxe Sieger in der Konkurrenz der Seefahrt treibenden Völker und hätten höchstens repräsentive Maßregeln anderer Staaten zu befürchten!

Die gleiche Ansicht hat ganz neuerlich in einer von dem Herrn Reichskanzler erzielten Konferenz der Abgeordnete für Bremen vertreten, er wies aber trotz dieses kostbaren und höchst beneidenswerthen Selbstbewußtseins der deutschen Rhederei die wohlwollenden Absichten des Reichskanzlers keineswegs zurück, er erlaubte sich vielmehr darauf aufmerksam zu machen, daß der Schutze nur nicht an dieser Stelle, wohl aber recht empfindlich und gerade für Bremen und die Umschlagen am empfindlichsten an einer anderen Stelle drücke. Er lenkte des Kanzlers Auge auf diese drückende Stelle und führte aus, daß hier eine Abhilfe, wenn sie mit der dem Herrn Reichskanzler eigenen Kraft und Ausdauer angewandt werde, eine heilsame und wiederbelebende Wirkung gegen den geradezu tödtlichen Streich ausüben würde, welcher Bremen durch die Schutzzölle und besonders durch die Tabakoll-Nachversteuerung drohe, um so mehr als das Tabakmonopol ja unabweisbar ganz unbedeutend im nahen Hintergrunde eines Winkes genährt laueret und — auch ohne die Befürwortung des betreffenden Abgeordneten für Bingen — in einigen Jahren vielleicht hinreichend verbreitet sein werde, um geboren werden zu können.

Als solche drückende Stelle bezeichnete der Abgeordnete für Bremen die Schwierigkeit der Konkurrenz der deutschen Seestädte mit Holland, Belgien und Havre sowohl angeht die günstigeren Lage derselben als angeht das Umstande, daß die deutschen Eisenbahnen, die Reichseisenbahnen nicht ausgeschlossen, durch ihre Frachttarife in manchen Fällen, sowohl im Verkehr mit Deutschland, als im Verkehr über Deutschland nach Oesterreich die ausländischen Häfen vor den inländischen Häfen begünstigen, und zwar nicht auf Grund der größeren Entfernung, sondern indem sie den Verkehr mit dem Auslande pro Centner und Meile günstiger behandeln, als den mit den deutschen Seestädten.

Er hob hervor, wie die Sorge für Kanäle deutscherseits sich mehr auf den Wasserweg nach Holland als auf den nach der Nordsee erstreckt; ferner, daß Bremen noch immer eine direkte Eisenbahn-Verbindung nach Frankfurt a. M. fehle, welche von Bremen nach Marburg geleitet, die Nordsee um 17 Meilen näher an Süddeutschland bringen würde, als es jetzt bei dem Wege von Bremen über Hannover und Kassel der Fall sei; daß, nachdem diese Eisenbahn gebaut sein werde, Bremen 10 Meilen näher mit Frankfurt a. M. verbunden wäre, als Rotterdam, während es jetzt 7 Meilen weiter ist, da aber die neueste Eisenbahnkarte dies Projekt vollständig ignoriert habe.

Er wies darauf hin, wie nach vierjähriger Verhandlung das Projekt der Vertiefung der Unterweyer, welches auf mehrere Millionen angeschlagen wäre und deren Verzinsung zum größten Theil durch Abgaben gedeckt werden könnten, endlich so weit sei, daß Oldenburg durch Bundesrathbeschluss gezwungen werde, seinen Beitrag von 10 000 Mk. — Zehntausend Mark — zu den Vorarbeiten zu bezahlen, und in ähnlicher Weise der Ausdehnung des Seehandels in Bremen, also des Exports deutscher Industrieartikel und des Imports von Kolonialwaaren, überall Hindernisse in dem Weg lägen, welche denn schließlich dahin geführt hätten, daß z. B. von Baumwolle, Schafwolle und Kaffee

in den Zollverein eingeführt seien in den beiden Jahren 1877 und 1878, also in einem zehnjährigen Zeitraum:

über		
Holland	Belgien	Havre
Baumwolle		
Etr.	Etr.	Etr.
1,500,000	640,000	870,000
Wolle		
460,000	900,000	120,000
Kaffee		
1,550,000	180,000	30,000
indirekt 6,250,000		
über		
Hamburg	Bremen	
Baumwolle		
Etr.	Etr.	
625,000	1,830,000	
Wolle		
450,000	215,000	
Kaffee		
1,400,000	180,000	
direkt 4,700,000 Etr.		

Bei ähnlichen Vorcommissionen in anderen Ländern habe der Staat seine schützende Hand ausgebreitet, Frankreich habe der drohenden Antwerpener Konkurrenz, welches seinem Norden gegenüber günstig gelegen ist und Englands Macht gegenüber die direkte Einfuhr aus den Produktionsländern gegen die indirekte geschützt durch eine surtaxe von 3 Fr. für 100 Kilo, welche alle indirekt zugeführten überseeischen Produkte zu zahlen hätten, auch wenn sie sonst tollfrei sind.

Holland, welches besorgt habe, daß deutscher Unternehmungsgeist sich nach seinen Kolonien begeben und von da die Produkte direkt nach Deutschland führen werde, habe sich dadurch geschützt, daß es von dem in Java bezahlten Ausfuhrzoll erst 5 pEt., dann 3 pEt. und 2 pEt. zurückgab, wenn die Waaren von seiner Kolonie direkt nach dem Mutterlande geschickt wurden; es hat diesen Schutzzoll erst in neuerer Zeit aufgegeben, nachdem sein Handel so erparat war und sich so eingewöhnt hatte, daß nichts mehr für denselben zu befürchten war.

Der deutsche Reichstag habe von dergleichen wohl geträumt, niemals aber die Ausführung für möglich gehalten. Wenn aber der Herr Reichskanzler seine wohlwollende Absicht für die deutschen Seestädte betätigen wolle, bitte er hier die fehlende Hand anzulegen.

Ein Zuschlagzoll von 3 M. für 100 Kilogramm für alle landeinwärts in Deutschland eingeführte Kolonialwaaren würde in den Seestädten sicherlich zur Ueberwindung der Folgen der Schutzzölle, mit welchen die deutsche Industrie bedacht werden soll, beitragen und wie in Frankreich keineswegs zur Vertheuerung der Kolonialprodukte im Hinterlande führen, vielmehr nur den Weg, den dieselben nehmen, im nationalen Interesse auf deutsche Bahnen lenken. Das Hinterland wird bei uns nicht weniger Patriotismus besitzen als in Frankreich und es zu tragen verstehen, wenn anfänglich in einzelnen Fällen ein solcher Zuschlagzoll, der vom Betrage in den meisten Fällen nur 1/3 bis 2 pEt. beträgt, dennoch bezahlt werden muß.

Bei der Enquete im französischen Conseil superieur de commerce etc. sagte ein großer französischer Industrieller:

„Ich kann zwar einzelne Nuancen von Baumwolle und Wolle, deren ich bedarf, nicht in Havre finden, ich bin gezwungen, dieselben von England zu beziehen, aber ich bezahle die 1 bis 2 pEt. der surtaxe gern, weil ich weiß, daß ich meiner vaterländischen Handelsmarine, unseren Häfen, Flüssen und Eisenbahnen, den Kaufleuten und Arbeitern in den Hafenstädten wesentlich nütze, wenn ich die surtaxe bestehen lasse.“

Bei uns ist dieser Mangel an Auswahl nicht zu befürchten, die Seestädte werden schon für ausreichende Versorgung ihrer Märkte mit Baumwolle und Wolle das Nötigste thun, der hochpreisige Javakaffee könnte allerdings um 1—1 1/2 pEt. verteuert werden, wenn Holland für seine Kolonialprodukte Repressalien übt, andere Repressalien sind aber nicht zu befürchten.

Dagegen würden wahrscheinlich eine Reihe großer deutscher Handlungsbäuser, welche jetzt in Holland und Belgien den Handel mit Deutschland

